

# „Ein Angriff auf die Sparer“

**Kleine und mittlere Regionalbanken geraten unter Druck durch Niedrigzinspolitik und Bürokratie**

Von unserem Mitarbeiter  
Ralf Joachim Kraft

**Rastatt.** Steigende regulatorische Anforderungen und wachsende administrative Aufgaben wie etwa Dokumentationspflichten oder Anlegerschutzvorgaben setzen gerade kleine und mittlere Regionalbanken immer stärker unter Druck – und verursachen hohe Kosten.



Felix Thiem

Die anhaltende Niedrigzinsphase setzt den Banken immer mehr zu. Außerdem will Brüssel ab 2017 in drei Phasen eine einheitliche Sicherung von Bankanlagen etablieren, also die nationalen Sicherungstöpfe schrittweise in einen europäischen Sicherungstopf überführen.

Sparkassen und Genossenschaftsbanken sehen sich angesichts dieser vielfältigen, nicht von ihnen beeinflussbaren Faktoren vor große Herausforderungen gestellt. „Unser Geschäft hat sich den letzten Jahren massiv verändert und wird sich auch weiterhin verändern“, erklären die Bankvorstände in der Region. „Neben der Niedrigzinspolitik, die es den Regionalbanken bei immer geringer werdender Zinsspanne immer schwerer macht, Erträge zu erwirtschaften, und der immer strikteren Bankenregulierung stellen die Überlegungen zur Einlagensicherung eine weitere Gefährdung der Existenz von Kreditgenossenschaften und Sparkassen dar“, bringt es Bankdirektor Felix Thiem, der zusammen mit Klaus Knapp die VR-Bank in Mittelbaden leitet, auf den Punkt. „Es trifft somit eine Bankengruppe, die sich in der letzten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise als Stabilisator bewährt hat.“ In der geplanten Einführung einer Europäischen Einlagensicherung sehen Kreditgenossen und Sparkassen einen „Angriff auf die Sparer“. Durch die Europäische Einlagensicherung als der „dritten Säule einer EU-Bankenunion“ sollen die angelegten

Gelder der Sparer in der gesamten Eurozone auf gleichem Niveau garantiert werden. Dazu sollen die Banken in einen gemeinsamen Notfall-Fonds einzahlen, aus dem die Kunden bei einer Bankenschieflage ausgezahlt werden. In Deutschland sind bei einer Bankpleite Spareinlagen bis zu 100 000 Euro gesetzlich abgesichert. Hinzu kommen Sicherungssysteme der einzelnen Bankengruppen. Volks- und Raiffeisenbanken sowie Sparkassen wollen ihre eigenen Sicherungssysteme behalten. „Die Volks- und Raiffeisenbanken in Deutschland bieten wie die Sparkassen mit ihrer bewährten eigenen Institutssicherung den besten Schutz innerhalb der gesamten EU. Kein Kunde einer Volks- oder Raiffeisenbank hat Spargelder in der Vergangenheit aufgrund einer in Schieflage geratenen Bank verloren. Hier greift das genossenschaftliche System der Hilfe zur Selbsthilfe“, erklärt der Vorstandsvorsitzende der Volksbank Baden-Baden Rastatt, Thomas Pörings, der daher fordert: „Im Interesse unserer Kunden und der regionalen, mittelständisch geprägten Wirtschaft sollten bestehende



Thomas Pörings

Sicherungssysteme gestärkt und nicht etwa neue Risiken geschaffen werden.“

Auch Ulrich Kistner, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Rastatt-Gernsbach, lehnt die Vorschläge der EU-Kommission zur Schaffung eines europäischen Systems der Einlagensicherung ab. „Die Sparer in Baden-Württemberg dürfen nicht in Haftung genommen werden für in Schieflage geratene Banken in anderen Ländern. Das würde bei uns das hohe Vertrauen der Menschen und Unternehmen in die Sicherheit ihrer Gelder untergraben und die einlagenfinanzierte Kreditvergabe an den Mittelstand, wie wir sie anbieten, schwächen.“

Die hohe Sicherheit der Spargelder bei der Sparkasse Rastatt-Gernsbach und allen Sparkassen in Deutschland sei ein tragendes Element der erfolgreichen mittelständischen Wirtschaft und das müsse es auch bleiben. „Die kleinen und mittleren Unternehmen sind zur Finanzierung von Investitionen, Arbeitsplätzen und Wachstum auf Kredite angewiesen, die ihre Hauptkreditgeber – die Sparkassen und die Volks- und Raiffeisenbanken – vor Ort über Kundeneinlagen refinanzieren. Ohne eine hohe Sicherheit der Ersparnisse können stabile, mittelständisch geprägte Wirtschaft- und Finanzierungskreisläufe, wie wir sie flächendeckend haben, nicht funktionieren“, erklärt Kistner. Das Thema sei „politisch brisant“ und gerade für

Deutschland wegen des Drei-Säulen-Modells volkswirtschaftlich von großer Bedeutung, betont VR-Bank-Direktor Felix Thiem. „Kreditgenossenschaften und Sparkassen sind als maßgebliche Financiers des Mittelstandes mit ein Garant unserer Volkswirtschaft.“ Obgleich mit der Einlagensicherungsrichtlinie seit 2015 verpflichtend, hätten bei weitem nicht alle EU-Staaten ihre nationalen Sicherungstöpfe mit ausreichend Geld befüllt“, berichtet Thiem.



Ulrich Kistner

„So besteht mit der Einrichtung einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung die Gefahr, dass Risiken vergemeinschaftet werden.“ Dies würde vor allem zu Lasten deutscher Kreditinstitute und deren Kunden gehen. Die Prinzipien der Eigenverantwortung und der verursachungsgerechten Zuordnung von Risiken würden geschwächt. „Eine solche Vergemeinschaftung von Risiken lehnen wir ab“, betont Thiem. Und auch er fordert, dass die seit Jahrzehnten bestehende und bewährte Einlagensicherung, „die mit ihrem Institutsschutz weit über die gesetzliche Regelung hinausgeht“, beibehalten werden müsse.

Mehrstellige Millionenbeträge wenden die Regionalbanken jährlich für die Prüfung von Kreditanfragen, das Melden von Finanzdaten oder das Protokollieren von Wertpapiergeschäften auf. Viele Mitarbeiter und auch die Vorstände widmen einen erheblichen Teil ihrer Arbeitszeit regulatorischen Themen. Viele, auch die hier Befragten, sprechen von einem „aufwändigen Irrsinn“, der die operativen Ressourcen in den Instituten binde und Kosten verursache für Personal, „das an anderer Stelle besser eingesetzt werden könnte“. Nach einem Gutachten des

## Stichwort

### Regulatorik

Bundesverbands der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) liegen die durchschnittlichen Regulierungskosten bei kleineren und mittleren Banken oft um ein Vielfaches höher als bei Großbanken. Allein bei den Dokumentationspflichten im Anlegerschutz kamen die Forscher auf Gesamtkosten von etwa 100 Millionen Euro. Das

Problem für Volks- und Raiffeisenbanken wie auch für Sparkassen bestehe darin, dass es das Drei-Säulen-Modell aus Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken nur in Deutschland gebe. Daher hätten Sparkassen und Genossenschaftsbanken bei der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde eine zu geringe Lobby. „Wenn Vorschriften für die Geldinstitute erlassen werden, die gleichzeitig für Großbanken und kleinere Banken gelten sollen, wird die Umsetzung schwierig“, fordern die Vertreter der Regionalbanken weniger Regulierung. rjk